

Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

(6. - nicht öffentliche - Sitzung am 20. September 2018)

Beratungsthema:

1. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2016**

Antrag des Finanzministeriums - [Drs. 18/90](#)

dazu: **Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs 2018 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2016**
- [Drs. 18/1000](#)

Der Unterausschuss behandelte folgende Punkte des Jahresberichtes:

Abschnitt II. Bemerkungen zur Haushaltsrechnung gemäß § 97 Abs. 2 Nr. 1 LHO

Abschnitt III. Vermögen, Schulden, Verpflichtungen

Abschnitt IV. Bemerkungen (*abgesetzt*)

Abschnitt V. Denkschrift

15. Krankenhausplanung im Bremer Umland - viel Lärm um nichts?
18. Unzeitgemäße Förderung der niedrigschwelligen Betreuungsangebote
19. Entwicklung eines landeseigenen Forschungsinstituts
20. Stiftungsprofessuren an Hochschulen
21. Vollkostendeckung in der Weiterbildung
22. Unzulässige Privatisierung in der Weiterbildung
23. Einsatz hauptamtlich tätiger Professorinnen und Professoren in berufsbegleitenden weiterbildenden Studiengängen
25. IT-Administration auf Kosten des Unterrichts?
26. Verwaltung und Controlling von Risikobeteiligungen
27. Land förderte Bahnhöfe mit 52 Mio. € - Prüfung der Haushaltsmittel blieb auf der Strecke
28. Gewerbegebieterschließungen - Fördervoraussetzungen kritischer prüfen!
35. Optimierungsbedarfe bei der Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“
36. „Good Practice“ bei der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland- Grafschaft Bentheim
37. Regelungsbedarf bei der Rechtsanwaltskammer Celle
38. Digitales terrestrisches Radio in der Sackgasse?

Die Beschlussfassung zu Abschnitt IV und zu Abschnitt V Nr. 21 vertagte der Unterausschuss auf die 7. Sitzung.

*Zusätzlicher Tagesordnungspunkt***2. Beratung von Antworten der Landesregierung zu den Haushaltsrechnungen der Haushaltsjahre 2008 - 2014 (sog. Altfälle)**

Der Unterausschuss begann mit der Beratung der sogenannten Altfälle. Er behandelte die in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fallenden Beiträge.